

Vergangenheiten, die nicht vergehen

TRIBÜNE-Gespräch mit Bundestagsvizepräsident Dr. Wolfgang Thierse

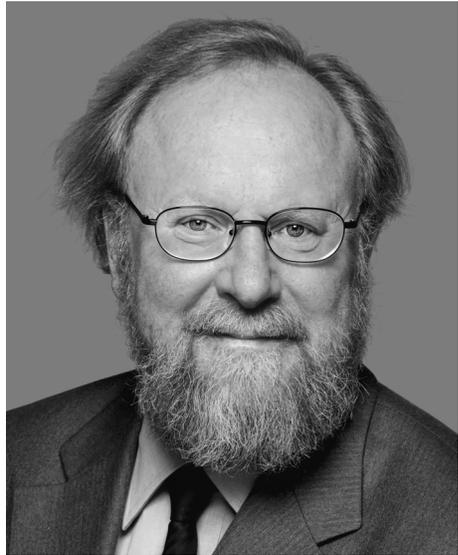
TRIBÜNE: Bis Anfang der 1960er Jahre war in der Bundesrepublik Antisemitismus tabuisiert. Die tatsächliche Einstellung der Bürger wurde durch einen gut gemeinten, aber künstlichen und schädlichen Philosemitismus überdeckt. Erst die Hakenkreuzschmierereien 1959/60 in Köln und Bonn waren ein Alarmsignal. Sie haben bewusst gemacht, dass das Phänomen Antisemitismus nach wie vor virulent ist.

THIERSE: Deutschland ist inzwischen ein gewöhnliches, ein durchschnittliches Land. Das gilt auch für den traurigen Umstand, dass es hier autoritäre, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen gibt – so weit wir wissen vermutlich nicht mehr, aber auch nicht deutlich weniger als in anderen Ländern. Aber

was man in anderen Ländern gewohnt ist, müssen wir Deutsche mit viel größerer Aufmerksamkeit, viel größerer Sensibilität beobachten, behandeln und bekämpfen. Bei einer Minderheit in Deutschland existiert ein latenter Antisemitismus, und allen Untersuchungen zufolge, die ich kenne, gibt es bei zehn bis zwanzig Prozent der Bevölkerung autoritäre, ausländerfeindliche und minderheitenfeindliche Einstellungen. Solche Mentalitäten sind immer eine Herausforderung für eine demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, für politische Bildung und Erziehung. Dabei darf man sich nicht selbst beruhigen mit dem Gedanken, das seien nur Randphänomene. Denn wir wissen, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Deshalb müssen wir uns dieser großen Herausforderung immer und immer wieder neu stellen.

TRIBÜNE: Aber kein anderes Land wie Deutschland hat mit so viel Akribie versucht, die Nazi-Zeit aufzuarbeiten.

THIERSE: Das ist richtig, und diese Aufarbeitung fortzusetzen, bleibt auch weiterhin richtig. Denn die Naziverbrechen sind eine Vergangenheit, die nie vergehen wird. Deutschland hat, in immer neuen Schüben, große Anstrengungen unternommen, sich dieser Vergangenheit zu stellen. Ich nenne nur als ein Beispiel den Beschluss unseres Parlaments, das in seiner letzten Sitzung in Bonn vor dem Umzug an die Spree entschied, im Herzen der alten und neuen Hauptstadt Berlin ein Denkmal zu errichten, das an das schlimmste Verbrechen der deutschen Geschichte erinnert – den Holocaust an den europäischen Juden. Wir müssen



den nachfolgenden Generationen ein geschichtliches Gedächtnis vermitteln, ohne Schuldgefühle an sie weiterzugeben. Nicht Schuldgefühle müssen wir wecken, sondern Verantwortungsbereitschaft für Menschlichkeit und Demokratie und eine vernünftige, eine positive Einstellung zum jüdischen Volk heute.

TRIBÜNE: Trotzdem war die Bereitschaft in Politik und Öffentlichkeit gering, die Hakenkreuzschmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe als Zeichen immer noch vorhandener antisemitischer Ressentiments zur Kenntnis zu nehmen. Man versuchte abzuwiegeln und sprach von jugendlichen Tätern ohne Geschichtsbewusstsein.

THIERSE: Es gab in beiden deutschen Staaten immer wieder Hakenkreuzschmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe. Ich wohne seit über dreißig Jahren am zweitältesten jüdischen Friedhof Berlins in der Schönhauser Allee. Dort kam es auch zu DDR-Zeiten immer wieder zu Schmierereien und Zerstörungen von Grabsteinen. Das darf man nicht kleinreden, denn es ist der sichtbare Beweis dafür, dass auch Antisemitismus nachwächst, dass Antisemitismus übertragen wird. Das geschieht zum Beispiel bewusst durch rechtsextreme Gruppierungen wie die NPD oder die sogenannten Kameradschaften, die systematisch versuchen, neue Anhänger unter jungen Leuten zu gewinnen. Für die Schulen, für Familien, aber auch für die Medien, vor allem Fernsehen und Rundfunk, ist das eine große Herausforderung. Politische Erziehung, Erziehung zur Demokratie, Aufklärung über den Holocaust, das bleiben wichtige Aufgaben in unserem Land, die man nicht vernachlässigen darf.

TRIBÜNE: Erschreckend finde ich, dass unter Migranten, die die Propaganda der Nazis überhaupt nicht miterlebt haben und sie deshalb gar nicht weitertradiieren können, trotzdem starke antisemitische Einstellungen verbreitet sind.

THIERSE: Es ist gut, dass Sie daran erinnern, denn Antisemitismus wird in Deutschland auch getragen von Zuwanderern aus arabisch-islamischen Ländern. Sie bringen diese Ressentiments aus den ungunstigen Tiefen ihrer heimischen Traditionen mit und pflegen sie in den Familien weiter. Deswegen ist der Antisemitismus, den es in Deutschland gibt, nicht nur ein quasi heimischer, sondern auch – und ich betone das »auch«, denn ich möchte das nicht als Entschuldigung verstanden wissen – ein durch Emigranten aus arabisch-islamischen Ländern mitgebrachter. Auch für junge Leute aus der Türkei oder arabischen Ländern gilt, hier in Deutschland, in dem Land, in dem sie leben wollen, ist die Absage an Antisemitismus ein grundlegender Common Sense, eine Raison d'être des Staates, denn es ist eine Konsequenz aus unserer deutschen Nazi-Verbrechensgeschichte.

TRIBÜNE: Gibt es bei uns eine Allianz zwischen Rechtsradikalen, Islamisten und Linksradikalen, was Antisemitismus betrifft?

THIERSE: Ich sehe keine Allianz im eigentlichen Sinn, denn das setzt eine organisatorische Einheit voraus. Dennoch gibt es offensichtlich erschreckende Übereinstimmungen. Natürlich sind Rechtsextremisten im Allgemeinen auch Ausländerfeinde, sind Gegner des Islam und lehnen eine türkisch-islamische Zuwanderung ab. Aber bei der Abscheu vor allem Jüdischen gibt es eine aggressive Übereinstimmung aller drei Denkrichtungen, wobei Linksradikale eine antiisraelische Grundeinstellung besitzen, die zumindest auch latent antisemitisch ist, selbst wenn sie das immer bestreiten würden. Bestimmte Formen der Israelkritik tragen latent antisemitische Züge.

TRIBÜNE: Der Sechstagekrieg 1967 brachte Israel zu Beginn viele Sympathien ein. Es gab sogar Angebote deutscher Bürger, für das kleine, bedrohte Land zu kämpfen. Nach Ende des Krieges schlug die Meinung jedoch radikal um, Israel wurde immer stärker mit der Nazidiktatur gleichgesetzt.

THIERSE: Das positive Verhältnis zu Israel ist für die große Mehrheit der Bevölkerung und ganz selbstverständlich für die demokratischen Politiker eine Grundkonstante. Wir werden und dürfen niemals vergessen, dass die Naziverbrechen eine der Voraussetzungen dafür sind, dass der israelische Staat notwendig geworden ist. Schon aus diesem Grunde sind wir entschiedene Verfechter des Existenzrechts des Staates Israel. Wer das in Zweifel stellt, gegen den müssen wir uns wenden, egal ob derjenige sich als links oder rechts im politischen Spektrum sieht. Es gibt, glaube ich, auch bei der Mehrheit der Deutschen eine prinzipielle Sympathie für Israel, aber das schließt selbstverständlich ein, dass Kritik an konkreter Politik unter Freunden möglich, sinnvoll und gelegentlich sogar notwendig ist. Meine Devise war immer, wenn ich einem anderen widerspreche, dann nehme ich ihn erst richtig ernst. Wir Deutsche können es uns nach sechzig Jahren erlauben, konkrete politische Entscheidungen des Staates Israel zu kritisieren, wenn dabei immer klargestellt ist, dass die Kritik aus einer prinzipiellen Sympathie heraus kommt und das Existenzrecht Israels niemals in Frage gestellt wird.

TRIBÜNE: Der zweite deutsche Staat, die DDR, in der Sie ja aufgewachsen sind, hat sich von Anfang an einer gegen Israel gerichteten, pro-palästinensischen Politik verschrieben. Diese wurde nicht nur durch das Engagement in internationalen Gremien erkennbar, sondern auch durch die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der PLO.

THIERSE: Die DDR hatte in der Tat eine beunruhigende Tradition des Anti-Israelismus, getarnt als Antizionismus. Das hatte viel damit zu tun, dass in der kommunistischen Tradition leninistisch-stalinistischer Prägung der Antisemitismus immer eine Rolle gespielt hat. Die Verbrechen Stalins an den Juden sind in gewisser Hinsicht mit denen Hitlers vergleichbar. Nicht quantitativ oder qualitativ, aber in ihren Auswirkungen auf die jüdische Minderheit, dass sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurde und die Emotionen der Bevölkerung gegen sie gelenkt wurden. Hier besteht eine Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus. In dieser Tradition hat das SED-Regime bis zu seinem Ende gestanden, und ich fürchte, dass es in Teilen der Partei DIE LINKE eine heimliche Fortsetzung dieses schlechten Erbes gibt.

TRIBÜNE: Nicht von ungefähr machen zweifelhafte Aktionen von Mitgliedern der Linkspartei bei uns immer wieder Schlagzeilen.

THIERSE: Leider. Von der Linkspartei ist zu verlangen, dass sie ihr Verhältnis zum Staat Israel und zu den Juden prinzipiell klärt, ohne bei beschönigenden und verharmlosenden Plattitüden stehenzubleiben. Ich hege immer noch Zweifel, ob das, was führende Köpfe der Linkspartei äußern, tatsächlich für die gesamte Partei gilt.

TRIBÜNE: Kurz nach der Vereinigung wurde klar, dass rechtes Gedankengut, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in der DDR verwurzelt waren, obwohl dort kaum Ausländer und Juden gelebt haben. Bis dahin hatte die DDR-Regierung das erfolgreich vor der Weltöffentlichkeit verbergen können.

THIERSE: Wie schon gesagt gab es Antisemitismus auch in der DDR, nicht nur den offiziellen Antizionismus und die antiisraelische Einstellung des Staates, sondern auch in der Bevölkerung war Antisemitismus weiter virulent. Doch über solche Vorfälle wie die erwähnten Schmierereien und Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen durfte nie berichtet werden. Unter der Oberfläche schwelte der latente Antisemitismus, und an ihn haben die NPD und andere rechtsextremistische Organisationen nach der Wiedervereinigung ausdrücklich angeknüpft. Sie haben Ostdeutschland zum Zentrum ihrer Aktivitäten gemacht, um die rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik, die NPD, zu stärken. Mit ihrem Vorgehen haben sie einen elementaren Mechanismus ausgenutzt, nämlich die Verunsicherung der

Menschen. Die Ostdeutschen waren verunsichert durch die dramatischen Veränderungen, die mit der Wende einhergingen, sie hatten Angst vor der Zukunft, mussten mit der neuen Erfahrung von Arbeitslosigkeit zurechtkommen, erlebten soziale und moralische Entwurzelung. All das macht empfänglich für einfache Botschaften. Wie es vor 1933 hieß, »der Jude ist an allem Schuld«, hieß es jetzt ähnlich, »der Ausländer – und darin verborgen wieder: der Jude – ist an allem Schuld, wovor wir Angst haben«. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus sind kein spezifisch ostdeutsches Problem. Aber die besondere Situation sozialer, ökonomischer und moralischer Verunsicherung hat dazu geführt, dass mehr Menschen und gerade junge Leute empfänglich wurden für die Botschaften der Rechtsextremen. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat auch, dass die Demokratieerfahrung der Ostdeutschen zu Anfang sehr gering war. Wir hatten noch nicht die »demokratische Hornhaut« entwickelt, mit der man auch Enttäuschungen der schönen, neuen Demokratie ertragen kann. Es gibt dazu auch eine nachwirkende autoritäre Prägung durch die DDR. Deswegen bleibt es gerade für Ostdeutschland eine große Herausforderung für die Demokratie, mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bei einer quantitativ größeren Minderheit als im Westen umzugehen. Ich kann es auch anders ausdrücken: Rechtsextreme Einstellungen, eingeschlossen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, sind im Westen Deutschlands quantitativ vermutlich nicht geringer. Aber in Ostdeutschland sind sie sichtbarer, haben gewalttätigere Züge und ein jugendlicheres Gesicht. Das ist beunruhigend.

TRIBÜNE: In einem Gespräch mit TRIBÜNE anlässlich des 50. Jahrestags der Bundesrepublik betonten Sie, die vierzig Jahre DDR dürfe nicht nur anhand der Systemgeschichte der DDR beurteilt werden, sondern auch anhand der unzähligen Einzelbiographien, die in Vergessenheit zu geraten drohten. Hat sich Ihre damalige Befürchtung bewahrheitet?

THIERSE: Wir Deutschen sind zum Glück inzwischen in einem Staat vereint, doch wir bringen ganz unterschiedliche persönliche Geschichten mit und müssen mit einer ganz unterschiedlichen Geschichte fertig werden. Ich wünsche mir, dass die Westdeutschen es schaffen, eine klare Unterscheidung zu treffen. Einerseits ist da das Urteil über das gescheiterte System namens DDR. Dieses System ist zusammengebrochen, politisch, wirtschaftlich, moralisch, und das ist gut so. Das Urteil über das System muss klar und hart sein. Andererseits geht es um das Urteil über die Menschen, die in diesem System gelebt haben. Die Biografien, die in diesem System namens DDR gelebt worden sind, die sind nicht alle gescheitert. Das Urteil über die Bürger der DDR muss behutsamer, differenzierter und menschenfreundlicher sein. Von den Ostdeutschen wiederum wünsche ich mir ebenfalls zwei Dinge: Zum einen selbstkritisch mit ihrer Geschichte in der DDR-Diktatur umzugehen, zu sagen, welche Feigheiten sie gelebt und erlebt haben, wo sie Niederlagen erlitten haben, moralische, politische, wo sie Unfreiheitserfahrungen gemacht haben. Zum anderen selbstbewusst darauf zurückzublicken, wo sie Konflikte bestanden haben, wo die Kompromisse, die sie eingegangen sind, menschlich vertretbar waren. West- wie Ostdeutschen verlange ich damit eine doppelte Leistung ab. Und nur wenn es uns gelingt, ein klares Urteil über das System mit einem menschenfreundlich behutsamen, differenzierten Urteil über die Menschen, die in diesem System gelebt haben, zu verbinden, wird das Zusammenwachsen wirklich gelingen. In den vergangenen Jahren dominierten immer wieder die flotten Berichte über Skandalgeschichten, über Feigheit und Verrat. Die Faszination Stasi, das verstehe ich nur zu gut, bestimmte die Vorderbühne. Aber der größte Teil der DDR-Bürger gehörte zum Glück nicht zu den Stasi-Spitzeln. Sie weigerten sich, entzogen sich dem Drängen mit Mut, mit Witz, manchmal auch mit kleinen Kompromissen.

TRIBÜNE: Und oft auch mit Angst.

THIERSE: Natürlich. Die wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren einer Diktatur ist Angst. Die Angst, die verbreitet wird und die Angst, die die Beherrschten dann haben und die man ihnen im Nachhinein nicht vorwerfen kann. Aber man muss darüber sprechen, warum man Angst hatte, wozu sie geführt hat und wie man sie, wenn man Glück hatte und wenn man mutig war, überwunden hat. All diese Geschichten müssen und sollen erzählt werden.

TRIBÜNE: Hier in Deutschland sind die Kräfte, die gegen das alte System arbeiteten und versuchten, eine Demokratie aufzubauen, sichtbar. In den Ostblockstaaten, zum Beispiel in Ungarn, sieht man diese Kräfte heute nicht.

THIERSE: Wir Ostdeutschen hatten bei und durch die Wiedervereinigung verschiedene Vorteile. Wir sind Teil einer funktionierenden Demokratie, einer erfolgreichen Marktwirtschaft geworden. Das war ein Vorteil. Wir wussten, daran erinnere ich mich genau, dass wir mit der Diktatur und der Verbrechensgeschichte des SED-Regimes anders umgehen wollten als die Deutschen es zunächst nach 1945 mit der Hitler-Herrschaft taten. Wir wollten uns so schnell wie möglich dieser Vergangenheit stellen, deshalb haben wir eine Stasi-Unterlagenbehörde geschaffen. Noch nie in der Geschichte wurden die Unterlagen einer verbrecherischen Institution den Opfern und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darin sind wir in gewisser Weise beispielhaft. Andere Länder, die Diktaturen hinter sich haben, sehen mit Erstaunen und mit Respekt auf Deutschland, wie wir mit dieser quasi doppelten Vergangenheit umgehen: Wir haben aus dem Umgang mit der ersten, mit der Nazi-Vergangenheit gelernt, wie wir mit der zweiten, mit der SED-Vergangenheit umgehen können. Das war auch ein Vorteil, selbst wenn es in der Praxis gelegentlich weh getan hat und nicht ohne Streit abging. Polen, Ungarn und Tschechen holen nun etwas nach, was wir bereits Anfang der 1990er Jahre begonnen haben, und sie bestätigen damit, dass unser Weg nicht ganz falsch gewesen ist.

TRIBÜNE: Die DDR ist seit mehr als zwanzig Jahren Geschichte, aber der Schatten des Systems ist immer noch spürbar. Die Bundesregierung möchte bis 2019 nach ehemaligen Stasi-Mitarbeitern im öffentlichen Dienst fahnden, Sie bezeichneten das als unverhältnismäßig. FDP-Politiker Patrick Kurth hielt dagegen und verglich die Angelegenheit mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, bei der man auch nicht 22 Jahre nach Kriegsende einen Schlussstrich gezogen habe.

THIERSE: Was für die Nazi-Zeit gilt, gilt auch für die DDR-Zeit. Beides sind Vergangenheiten, die nicht vergehen und die uns noch lange beschäftigen. Das um so mehr, als die meisten Menschen, die in der DDR gelebt haben, noch am Leben sind und ihre Prägung aus DDR-Zeiten mit sich tragen. Und ich sage es noch einmal, diese DDR-Prägungen und -Erfahrungen dürfen nicht auf Stasi-Geschichten reduziert werden; das ist eine Verfälschung von Biographien, von gelebten Leben in der DDR. Aber selbstverständlich sind die Informellen Mitarbeiter der Stasi eine Last. Beim Umgang mit ihnen ist es ungeheuer wichtig, streng rechtsstaatlichen Regeln zu folgen, denn auch, wenn wir versuchen, mit dem Erbe eines Unrechtsstaats zurechtzukommen, dürfen wir nicht selber den Rechtsstaat verraten. Wenn es gelingt, rechtsstaatlich und damit auch arbeitsrechtlich einwandfrei belastete Mitarbeiter aus der Stasi-Unterlagenbehörde in andere Behörden zu versetzen, werde ich das begrüßen. Aber oberste Prämisse muss die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze sein.

TRIBÜNE: Den Skandal um die Doktorarbeit des damaligen Verteidigungsministers Karl Theodor zu Guttenberg haben viele Politiker versucht herunterzuspielen. Sie gehörten nicht dazu. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel sich bemühte, einen Unterschied zwischen dem Minister Guttenberg und der Privatperson zu konstruieren, reagierten Sie eindeutig: »Diese Art von Schizophrenie ist absolut unzulässig.« Ausgerechnet aus FDP-Reihen, die

später ebenfalls zwei aberkannte Dokortitel verzeichnen mussten, wurde Ihnen deshalb Parteilichkeit vorgeworfen.

THIERSE: Der Fall Guttenberg ist sehr lehrreich. Ich hoffe, die Mehrheit der Deutschen hat gelernt, sich nicht mehr von Äußerlichkeiten blenden zu lassen und sich nicht mit einer Inszenierung als Ersatz für tatkräftige Politik zufriedenzugeben, mit der blendenden Gestalt als Ersatz für den nüchternen politischen Inhalt, um den es immer gehen muss. Und wir haben hoffentlich gelernt, die Maßstäbe wissenschaftlicher und damit auch politischer Ehrlichkeit aufrecht zu erhalten. Auf ihnen zu bestehen ist keine politische Parteilichkeit, sondern trägt der Grundüberzeugung Rechnung, dass auch die Demokratie von der Einhaltung elementarer Regeln lebt. Wenn Politiker sich nicht selbst an die Regeln und Gesetze halten, die sie selber verabschieden und die konstitutiv für den demokratischen Zusammenhalt sind, dann wird es gefährlich. Das muss man sich als Politiker und zumal als ein führender Parlamentarier immer wieder in Erinnerung rufen. Die Kritik an der Art und Weise, wie der Politiker Guttenberg selber mit seinem Plagiat umgegangen ist und wie ihrerseits die Kanzlerin mit ihrem Minister umgegangen ist, war berechtigt, weil es um die Maßstäbe des Politischen und des Moralischen ging. Inzwischen, denke ich, dürfte das auch allen meinen Kritikern in der FDP und der CDU/CSU klar geworden sein.

TRIBÜNE: Wer die Berichterstattung verfolgte, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, manche Bürger und auch einige Parteikollegen sahen die Affäre um Guttenberg als den Sturz eines Vorbilds, eines Idols.

THIERSE: Der Anspruch, der hier im Hintergrund steht, ist völlig verfehlt. Von Politikern in einer Demokratie soll man nicht verlangen, dass sie Heilige oder Genies sind, sie sind ganz gewöhnliche Menschen. Zu verlangen ist aber von ihnen, dass sie Vorbilder darin sind, die Rechte, Gesetze und Regeln einzuhalten, die für die Demokratie und unser Zusammenleben begründend sind. Nur darin, aber darin unbedingt, müssen sie Vorbilder sein. Ich wünsche mir auch, dass Politiker zu der Sorte Menschen gehören, die mehr sind, als sie nach außen hin zu scheinen versuchen. Guttenberg war damit beschäftigt, mehr zu scheinen, als er wirklich war. Das kam mit dem Plagiatsskandal auf geradezu brutale, ihn und seine Anhänger sehr schmerzende Weise ans Licht. Mehr sein als scheinen, das gilt auch für Politiker, und die wiederholten Affären um unrechtmäßige Dokortitel erinnern uns daran.

TRIBÜNE: Auch Ihre Beteiligung an einer Sitzblockade, um einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD zu verhindern, zog scharfe Kritik und sogar ein Strafverfahren nach sich. Demontiert sich unser politisches und juristisches System nicht selbst, wenn es Neonazis schützt und deren demokratische Gegner behindert?

THIERSE: Für die Sitzblockade aus Protest gegen einen Aufmarsch der NPD bin ich in der Tat heftig kritisiert worden. Meine Entgegnung ist sehr einfach: Auch als Politiker bin ich Bürger und habe die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen. Es ist meine Grundüberzeugung, dass wir als Bürger nicht schweigend zusehen dürfen, wie Rechtsextreme unsere Straßen und Plätze in Besitz nehmen, sondern wir müssen ihnen sichtbar und hörbar entgegen treten. Und wenn das meine Überzeugung ist und ich andere zu solchem Verhalten auffordere, dann muss ich mich im gegebenen Moment an meine eigene Aufforderung halten und darf mich nicht diskret in die Büsche schlagen. Darum ging es bei meiner Sitzblockade. Geplant war an dieser Aktion gar nichts, denn es ist immer eine spontane Entscheidung. Ich halte mich an die Maßstäbe, die mir wichtig sind und die ich anderen zu erklären versuche, das ist alles.

TRIBÜNE: Ein schöner Abschluss, herzlichen Dank, Dr. Thierse.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.